

Es ist Zeit für einen Wechsel

Spätestens am 15. Oktober 2017 ist es wieder soweit! Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber legen die Höhe der EEG-Umlage für das Folgejahr fest. Und mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Umlage auch diesmal nicht sinken vielmehr sogar weiter steigen. Die neue Legislaturperiode bietet aber die Chance, die dringend notwendigen Veränderungen durchzuführen.

Börsenpreise sinken, Umlage steigt

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll die Nachfrage nach ebensolchen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien angekurbelt werden. Bis 2012 noch wurden Netzbetreiber verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien unabhängig von der Nachfrage zu dem staatlich festgesetzten Tarif einzukaufen und mit Vorrang in die Netze einzuspeisen. Die Erzeugung von EEG-Strom erfolgte damit losgelöst von jeglichen Marktsignalen. Mittlerweile nehmen Betreiber von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, an Ausschreibungen teil. Setzen sie sich in den Ausschreibungen durch, erhalten sie von den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) für einen Zeitraum von in der Regel 20 Jahren eine Marktprämie für jede eingespeiste Kilowattstunde. Liegt die Vergütung über dem Marktpreis wird die Differenz von den Netzbetreibern als „EEG-Umlage“ den Stromkunden auferlegt. Seit 17 Jahren werden damit die finanziellen Mittel aufgebracht, mit denen der Strom aus Wind-, Fotovoltaik- und Biomasseanlagen vergütet wird. Die Preise sind dabei in den letzten Jahren immer stärker gestiegen. Lag die EEG-Umlage 2012 bei 3,592 Cent pro Kilowattstunde liegt sie 2017 bei 6,88 Cent pro Kilowattstunde. In den nächsten Jahren dürfte die Umlage weiter steigen, weil alte Anlagen noch nicht das Ende der zwanzigjährigen Förderung erreicht haben. Zwar ist mit den Ausschreibungen nunmehr etwas Wettbewerb eingeführt worden. Dennoch liegt die Vergütung dabei immer noch deutlich über dem Großhandelspreis pro Kilowattstunde. Seit 2011 ist der Strompreis an der Börse gesunken, die staatlich festgesetzte Vergütung aber konstant geblieben und in der Folge die Umlage gestiegen. Diese Differenz müssen Stromkunden nach wie vor zahlen. Längst würden aber Solar- und

Windenergie ohne finanzielle Hilfe am Markt bestehen können. Außerdem muss irgendwann der Absprung geschafft werden, will man nicht 2050 80 Prozent des Stroms durch die Umlage subventionieren.

Eine CO²-Reduzierung wird so nicht erreicht

Gleichzeitig sind die Kohlendioxid-Emissionen seit 1995 nicht gesunken - und eigentlich muss es ja um eine CO²-Reduzierung gehen, wenn effektiver Klimaschutz betrieben werden soll. Gerade aber im Stromsektor wird weiterhin Strom aus Kohlekraftwerken produziert.

Nicht an den Symptomen basteln, sondern die Ursache bekämpfen

Es ist daher die Zeit für eine Wende gekommen. Überwiegend wird dabei überlegt, wie die Kosten anders verteilt werden. So wird über Fondsmodelle diskutiert oder inwiefern die EEG-Umlage auf den Verkehrs- und Wärmesektor ausgeweitet werden soll. Damit würden die Preise für Heizen mit Öl und Gas sowie für fossile Kraftstoffe steigen. Die Diskussion um Ausnahmen würde schnell auch in diesen Bereichen wieder an Fahrt gewinnen. Der BGA spricht sich deshalb vor allem für eine grundlegende Veränderung aus. Nicht an den Symptomen soll herumgebastelt werden, sondern die Ursache soll bekämpft werden: Die Förderung der erneuerbaren Energien mittels Umlage muss auslaufen und stattdessen sollen für die erneuerbaren Energien genauso wie für die anderen Energien die Regeln des Marktes gelten.

Umlagefinanzierung überdenken

Bei einem Auslaufen bliebe die Umlage vorerst natürlich weiter bestehen. Die bisher geförderten Anlagen genössen Bestandsschutz und auch bereits geplante Ausschreibungen müssten noch durchgeführt werden. Deshalb spricht sich der BGA dafür aus, die Umlage zu reduzieren, indem ein Teil durch den Haushalt finanziert wird. Gerade die besonderen Ausgleichsregeln sollten haushaltsfinanziert werden. Diese Maßnahmen führen zu einer Senkung der Umlage von rund 1,6 Cent pro Kilowattstunde. Darüber hinaus sollte die Stromsteuer - soweit EU rechtlich möglich - abgeschafft werden, da sie ihre Lenkungsfunction sowieso verloren hat. Natürlich wird hier der ein oder andere sofort nach der Gegenfinanzierung fragen. Dies zeigt wiederum, dass man aus dem Dilemma nur wirklich herauskommt, wenn man die bestehende Förderung auslaufen lässt.

[Michael Faber]

GROSSHANDEL

Großhandelspreise steigen im Juli

WIESBADEN – Die Verkaufspreise im Großhandel lagen im Juli 2017 um 2,2 % höher als im Juli 2016. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hatte die Jahresveränderungsrate im Juni 2017 bei + 2,5 % und im Mai 2017 bei + 3,1 % gelegen. Im Vormonatsvergleich fielen die Preise für die auf Großhandelsebene verkauften Waren im Juli 2017 geringfügig um 0,1 %.

① DESTATIS Pressemitteilung vom 11. August 2017

ARBEITSMARKT

Stabiler Aufwärtstrend der Erwerbstätigkeit setzt sich im Juni 2017 fort

Im Juni 2017 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) rund 44,2 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig, so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Gegenüber Juni 2016 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 657 000 Personen oder 1,5 % zu. Auch in den anderen Monaten des ersten Halbjahres 2017 hatte der Anstieg gegenüber dem Vorjahr jeweils bei 1,5 % gelegen. Erwerbslos wa-

ren im Juni 2017 rund 1,6 Millionen Personen, 236 000 weniger als ein Jahr zuvor.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 31.07.2017

KONJUNKTUR

Entwicklung im Produzierenden Gewerbe

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juni gegenüber dem Vormonat um 1,1 Prozent zurückgegangen. Die Produktion in der Industrie und im Baugewerbe verringerte sich dabei um 1,4 Prozent und 1,0 Prozent. Im zweiten Quartal insgesamt erhöhte sie sich gegenüber dem Vorquartal jedoch um 1,8 Prozent. Sowohl die Industrie als auch das Baugewerbe verzeichneten Zuwächse (+1,3 Prozent bzw. 2,7 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe hat sich die Konjunktur im zweiten Quartal weiter belebt, so das BMWi. Dies gilt sowohl für die Industrie als auch für das Baugewerbe. Die Industrieproduktion ist im Juni erstmals wieder gesunken, nachdem sie zuvor fünf Mal in Folge gestiegen war. Die Auftragseingänge sowie die Indikatoren für das Geschäftsklima deuten darauf hin, dass die aufwärtsgerichtete Tendenz weiter anhält. Der BGA teilt die Einschätzung, dass der aktuelle Rückgang nur einer kurzen saisonalen Sommerpause entspricht.

[Michael Alber]

Die deutsche Wirtschaft zur Sommerpause in guter Stimmung

Die deutsche Wirtschaft hat ihr kräftiges Wachstumstempo im zweiten Quartal nahezu beibehalten. Die Impulse kamen von der binnenwirtschaftlichen Seite. Das Wachstum im produzierenden Gewerbe bleibt in der Tendenz spürbar aufwärtsgerichtet, auch wenn es im Juni seine Erzeugung etwas einschränkte. Die Verbraucherpreise haben sich vor dem Hintergrund stabiler Energiepreise normalisiert. Die Kauflaune der Verbraucher bleibt ungebrochen. Dies ist zusammengefasst die Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BWi) zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im August 2017.

Der wirtschaftliche Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich im zweiten Vierteljahr 2017 mit fast unveränder-

ter Dynamik kräftig fort. Vor allem die privaten und die staatlichen Konsumausgaben nahmen zu. Aber auch die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten wurden ausgeweitet. „Die Stimmung in der Wirtschaft ist ausgezeichnet“, so das BMWi weiter. Die ansteigenden Aufträge in der Industrie deuten auf ein Produktionswachstum auch im dritten Vierteljahr hin. Die positive Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung stützt den Einzelhandel und den privaten Konsum insgesamt. Die deutschen Ausfuhren profitieren von der leichten Belebung des Welthandels. Allerdings wurde im zweiten Quartal die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund des gleichfalls starken Importwachstums per Saldo vom Außenhandel etwas gebremst.

Angesichts der positiven Beschäftigungsentwicklung und der in der Gesamtschau positiven Einkommensentwicklung stellt der private Konsum auch im zweiten Quartal 2017 einen wesentlichen Pfeiler der Konjunktur dar. Die Umsätze im Einzelhandel sind im Juni um 1,1 Prozent gestiegen. Für das zweite Quartal ergibt sich damit ein deutliches Plus von 1,4 Prozent. Die Erlöse im Kfz-Handel nahmen im Mai um 3,1 Prozent zu und entwickeln sich in der Tendenz ebenfalls positiv. Die Normalisierung der Verbraucherpreise, die im Juli 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, scheint die Kaufkraft der Verbraucher nicht zu bremsen. Das Konsumklima kletterte im August auf einen neuen Rekordstand und auch die Stimmung unter den Einzelhändlern ist überdurchschnittlich gut.

Der BGA nimmt positiv wahr, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiter aufwärts gerichtet ist. Diese Entwicklung bringt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, aber auch die Attraktivität seiner Produkte zum Ausdruck. Die in- und ausländische robuste Nachfrage nach Produkten und Technologien ist aber auch erforderlich, da die hohe Auslastung und erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt sich weiter fortsetzt. Aus diesem Grunde bleibt es weiterhin wichtig, den Standort Deutschland attraktiv zu halten und die Modernisierung der Infrastruktur konsequent fortzusetzen. Auch unterstützt der BGA das weltweite Engagement der Bundesregierung für offene Märkte.

[Michael Alber]

UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Elektrische und elektronische Geräte: Umstellung auf sechs Kategorien

Seit dem 15. August 2018 gilt beim Elektro- und Elektronikgerätesgesetz (ElektroG) der offene Anwendungsbereich („Open Scope“). Damit sind alle elektrischen und elektronischen Geräte von dem Gesetz erfasst, wenn sie nicht explizit durch einen gesetzlichen Ausnahmetatbestand ausgeschlossen sind. Gleichzeitig werden die bisher zehn Kategorien entsprechend der europäischen WEEE-Richtlinie durch sechs neue Kategorien ersetzt. Diese wurden zusammen mit den regelsetzenden Herstellergremien in 17 neue Geräteearten unterteilt. Die Änderungen haben Auswirkungen für Hersteller, öffentlich-rechtliche Entsorger (öRE), Vertrieber und entsorgungspflichtige Besitzer. Die Stiftung Elektro Altgeräte Register (EAR) hat auf ihrer Webseite eine Reihe von Informationen zu den Umstellungen in 2018 veröffentlicht.

- ① Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.stiftung-ear.de/elektrog-2018/>
- ① Auf den Seiten finden Sie auch die angekündigte Überführungssimulation (<https://www.stiftung-ear.de/elektrog-2018/registrierung/ueberfuehrungssimulation-registrierungen-webanwendung/>), mit der Sie die Umstellung des Registrierungsbestandes für Ihr Unternehmen simulieren können.

[Michael Faber]

VERKEHR

Bund und Bahn unterzeichnen Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung

Das Bundesverkehrsministerium, das Bundesfinanzministerium und die Deutsche Bahn haben eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der Neu- und Ausbaumaßnahmen auf der Schiene (Bedarfsplanprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030) zügiger und kostengünstiger geplant und gebaut werden sollen. Der Bund übernimmt künftig die gesamten Planungskosten für die Neu- und Ausbaumaßnahmen auf der Schiene, die Deutsche Bahn beteiligt sich an den Gesamtkosten und sagt verbindliche Termine für die Inbetriebnahme zu. Dadurch sollen Anreize zum wirtschaft-

lichen Planen und Bauen geschaffen werden und somit neue Schienenprojekte schneller und leistungsfähiger umgesetzt werden. Der Verkehrsminister Dobrindt verspricht sich hiervon einen jährlichen volkswirtschaftlichen Nutzen in dreistelliger Millionenhöhe. Daneben soll mit der "Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung" eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sichergestellt und eine gesteigerte Transparenz geschaffen werden. Die "Bedarfsplanumsetzungsvereinbarung" ist ein Element der kürzlich veröffentlichten "Strategie Planungsbeschleunigung".

[Meike Tilsner]

Steigerung des Lkw-Verkehrs auf mautpflichtigen Straßen

Nach der aktuellen Mautstatistik des Bundesamtes für Güterverkehr stieg im ersten Halbjahr 2017 die Verkehrsleistung der Lkw mit über 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht auf mautpflichtigen Straßen um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 16,7 Milliarden Kilometer. Erfreulich ist, dass der Anteil der umweltfreundlichen Euro-6-Fahrzeuge auf knapp 57 Prozent gesteigert werden konnte, im ersten Halbjahr 2016 waren es lediglich 42,5 Prozent. Der deutsche Lkw-Verkehr stagniert, der polnische Lkw-Verkehr wächst stark, sein Anteil beträgt bereits 15,8 Prozent. Es entfielen nur noch 57,3 Prozent der Fahrleistungen auf heimische Fahrzeuge gegenüber 58,8 Prozent im Vorjahr. Erhebliche Steigerungen der Verkehrsleistung verzeichnete das Bundesamt für Güterverkehr auch bei Transportunternehmen aus Bulgarien, Litauen, Rumänien und der Slowakei.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Die Uhr tickt.«

Michel Barnier, EU-Verhandlungsführer – um einen geordneten Austritt der Briten aus der EU hinzubekommen

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 17. August 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich